



Universität Hamburg

HAMBURGER FORSCHUNGSBERICHTE

AUS DEM ARBEITSBEREICH

SOZIALPSYCHOLOGIE

-HAFOS-

**Wirtschaftspsychologische Ursachen politischer Prozesse:
Empirische Belege und ein theoretisches Konzept**

Erich H. Witte

HAFOS 2001 NR. 35

**Psychologisches Institut I der Universität Hamburg
Von-Melle-Park 6 20146 Hamburg**

Wirtschaftspsychologische Ursachen politischer Prozesse : Empirische Belege und ein theoretisches Konzept¹

Erich H. Witte

Sozialpsychologie

Universität Hamburg

Zusammenfassung

Aus einer wirtschaftspsychologischen Perspektive werden die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit, Wählerverhalten, Wertewandel und politischem Klima mit Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus betrachtet. Diese Zusammenhänge sind viel enger und haben eine viel stärkere gegenseitige Wirkung als vielfach angenommen. Es wird ein sozialpsychologisches Kern-Modell formuliert, das die Bedrohung der Identität durch wirtschaftliche Prozesse verständlich macht und die verstärkte externale Attribution mit aggressivem Verhalten gegen Ausländer vorhersagt. Damit läßt sich ausländerfeindliches Verhalten in Ostdeutschland erklären, ohne auf flächendeckende Sozialisationsdefizite hinweisen zu müssen. Ferner wird deutlich auf den Unterschied zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus hingewiesen. Abschließend werden Interventionsmöglichkeiten diskutiert.

Schlüsselbegriffe:

Wertewandel, Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Ostdeutschland, Wählerverhalten, Ausländerfeindlichkeit, Wirtschaftspsychologie

¹ Für zahlreiche Kommentare und Hinweise möchte ich mich bei den Teilnehmern an meinem Forschungsseminar herzlich bedanken. Außerdem gilt mein Dank Herrn Th. Kliche und Frau Ch. Porschke sowie zwei anonymen Reviewern für wichtige Hinweise auf diesem komplexen Gebiet. Alle Unzulänglichkeiten sind natürlich allein dem Autor anzulasten.

Economic psychological causes of political processes : Empirical evidence and a theoretical concept.

Erich H. Witte

Socialpsychology

University of Hamburg

Summary

From a socialpsychological view the connexions between political extremism, prejudice, unemployment, political voting, change of values, and political climate are discussed. These connexions are tighter than generally thought. A socialpsychological model is formulated which explains the threat of personal identity through economic developments followed by increasing external attribution combined with aggressive intergroup behavior against foreigners. Thus, the anti-foreigner behavior of East-germans can be explained without the assumption of general deficits during the socialization phase in East-Germany in a totalitarian system. The qualitative difference between the aggressive behavior against foreigners and right-wing extremism is discussed. Finally, some ideas of intervention programs of aggressive behavior and political extremism are given.

Keywords: change of values, unemployment, political extremism, East-Germany, voting behavior , economic psychology

1. Einleitende Bemerkungen

Wenn man die Wirtschaftswissenschaften als Verhaltenswissenschaften begreift (z.B. Frey, 1999), dann muß man sich verstärkt auch wirtschafts- und finanzpsychologischen Fragestellungen öffnen (Fischer, Kutsch & Stephan, 1999; Kirchler, 1999²). In den letzten Jahren geschieht das in Ansätzen auch wissenschaftlich, zusätzlich zu der Alltagsvorstellung, wirtschaftliche Prozesse seien in einem hohen Prozentsatz Psychologie. Der psychologische Hintergrund wirtschaftlicher Prozesse wird vor allem auch dann deutlich, wenn man die Alltagsvorstellungen der Menschen über wirtschaftliche Vorgänge untersucht, die ihr wirtschaftliches Handeln leiten (Roland-Levy, Kirchler, Penz & Gray, 2001). Klassischer Weise nimmt man in der Markt-, Medien-, und Meinungsforschung auf diese Vorstellungen bezug, um die wirtschaftlichen Prozesse zielorientiert zu beeinflussen. Die wirtschaftspsychologischen Prozesse sind aus dieser Perspektive die abhängigen Variablen, die es zu beeinflussen gilt. Es gibt nun aber auch eine wirtschaftspsychologische Seite, bei der die wirtschaftlichen Prozesse die unabhängigen Variablen darstellen und man sich die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf sozialpsychologische Effekte anschaut. Es geht also in den nachfolgenden Betrachtungen darum, einige dieser globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als makrosoziale Stressoren in ihrem Einfluß auf das Erleben (Werthaltungen), kognitive Strukturieren (Ausländerfeindlichkeit) und Verhalten (politische Wahlen) zu betrachten. Dabei soll zur Erklärung dieser Phänomene ein Kern-Modell formuliert werden, das auf gut gesicherten Ergebnissen und Erkenntnissen aus der sozialpsychologischen Forschung und Theorienbildung basiert.

Eine solche Verknüpfung dieser beiden Ebenen in der hier akzentuierten Form ist nichts Neues. Man erkennt es daran, 1) daß soziologische Ansätze des Wertewandels (Inglehart, 1997, Mehlkop, 2000) auf die individuelle Einstellungsebene bezogen werden und der Wertewandel als durch Inflationsrate und Arbeitslosenquote verursacht betrachtet wird (Witte, 1996, 1994²); 2) daß politische Wahlen als individuelles Entscheidungsverhalten angesehen werden, das sich durch wirtschaftliche Bedingungen verändert und 3) daß man sich schließlich nicht scheut, historische Ereignisse des Rechtsradikalismus unter verhaltenswissenschaftlichen Aspekten zu betrachten. Man gewinnt aus dieser wirtschaftspsychologischen Perspektive auf dem Hintergrund sozialpsychologischer Forschung einige Erkenntnisse, zumindest gut begründete Spekulationen, um a) politische Ereignisse aus der Vergangenheit erklären zu können, indem man allgemeine Gesetzmäßigkeiten heranzieht, um b) zukünftige Vorgänge prognostizieren zu können, indem man Erwartungen aus einem Kern-Modell ableitet, um c) konkrete Verhaltensweisen einzelner Personen einem Verständnis näherzubringen, indem man die relevanten

Einflußquellen in dem spezifischen Einzelfall heranzieht und um d) Interventionsmöglichkeiten aufzuzeigen, indem man aus einem Kern-Modell Vorschläge zur Vermeidung negativer Effekte ableitet (Witte, 1994², S. 14). Aus diesen gemeinsamen Betrachtungen läßt sich, ein wenig überspitzt formuliert, ein theoretisches Konzept entwickeln, das das politische Klima einer Gesellschaft auf dem Hintergrund wirtschaftlicher Prozesse erfaßt, indem es Verbindungen zwischen dem Makrosystem Wirtschaft und dem Individualsystem Bürger bei der Werthaltung, beim Wählerverhalten, sowie bei ausländerfeindlichen Gewalttaten und Rechtsradikalismus herstellt.

Die Darstellung soll in folgender Weise vorgenommen werden :Zuerst sollen vorhandene Daten betrachtet werden, die eine solche Verbindung zwischen Wirtschaft als Makrosystem und Sozialverhalten, erfaßt in sozialpsychologischen Parametern (Werthaltungen, Ausländerfeindlichkeit, Wählerverhalten), aufzeigen, um diese Abhängigkeiten zu verdeutlichen. Aus dieser Betrachtung soll dann auf dem Hintergrund sozialpsychologischer Forschung und Theorienbildung ein Modell entwickelt werden, das mehrere Konzepte in Form von einfachen Postulaten verdichtet, aus denen dann Theoreme abgeleitet werden, die einen direkten Bezug auf die politischen Prozesse herstellen. Ein solches Konzept stellt die Ergänzung zu der üblichen wirtschaftspsychologischen Betrachtung dar, bei der wirtschaftliche Prozesse als abhängige Variable gesehen werden, die es zu gestalten gilt, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein, z.B. versucht man in einer Zielgruppe einem Produkt gegenüber eine Einstellungsänderung herbeizuführen, damit es sich besser verkauft. Die hier gewählte Betrachtungsrichtung ist genau umgekehrt, nämlich welche (sozial)psychologischen Prozesse werden durch wirtschaftliche Bedingungen herbeigeführt. Die erste Betrachtungsrichtung ist uns vertraut mit Markt-, Media-, Meinungsforschung und seit neuestem verstärkt Finanzpsychologie (Behavioral finance). Die zweite ist natürlich nicht neu, aber bisher nur unzulänglich ausgearbeitet und in ihrer Bedeutung für das Sozialverhalten, so scheint es, erheblich unterschätzt.

So wichtig eine solche Aufgabe auch ist, so kompliziert sind die Interpretationen der Daten von hierarchischen Modellen, die Parameter auf unterschiedlichen Niveaus verbinden (s. z.B. Kreft & De Leeuw,1998; überblicksartig Kenny, Kashy & Bolger,1998). In einer sozialpsychologischen Betrachtung ist die abhängige Variable immer das individuelle Verhalten, das zu erklären, zu prognostizieren, zu verstehen (im obigen Sinne) und ggf. zu verändern ist. Als die unabhängigen Variablen haben wir aber allgemeine Charakteristika eines Makrosystems , wie z.B. die Einteilung von Kontexten nach der Arbeitslosenquote oder den Wandel der Arbeitslosigkeit über die Zeit. Das sagt noch nichts über die Wirkung dieser

Kontextvariablen auf das individuelle Verhalten voraus, denn derselbe Kontext wirkt auf verschiedene Personen unterschiedlich. Es gibt also eine erhebliche Variationsbreite zwischen den Personen innerhalb desselben Kontextes, mit diesem umzugehen. So berichten z.B. Kreft und De Leeuw (1998) von einer Untersuchung über den Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Leistung in einem Mathematiktest und der Dauer der Hausaufgaben. Sie korrelieren 10 Schulen miteinander, indem sie die jeweiligen Mittelwerte der Schulen in den beiden Variablen bilden. Es ergibt sich eine Varianzdetermination von $r^2=0.64$. Diese quadrierte Korrelation zwischen aggregierten Daten zeigt eine sehr deutliche Varianzaufklärung. Berechnet man jedoch die Korrelation auf dem individuellen Niveau, so ergibt sich ein $r^2=0.25$. Das ist schon erheblich weniger. In der Tendenz wird man immer damit rechnen müssen, daß Korrelationen von aggregierten Daten höher sind, wenn es eine individuell ähnliche Gesetzmäßigkeit gibt. Leider ist es sogar möglich, daß Korrelationen von aggregierten Daten eine entgegengesetzte Beziehung erzeugen: So ist die Korrelation zwischen Ausbildungsniveau und Einkommen positiv, wie wir es erwarten würden. Betrachten wir jetzt aber die Korrelation zwischen dem durchschnittlichen Ausbildungsniveau verschiedener Wirtschaftsbereiche und dem Öffentlicherdienst einerseits sowie dem durchschnittlichen Einkommen, dann ist die Korrelation negativ, weil der öffentliche Sektor zwar eine hohe formale Ausbildung erreicht, aber nicht ein so hohes Einkommen, wie die freie Wirtschaft (Kreft et al., 1995). Folglich muß man sich bei der Betrachtung der Korrelationen von aggregierten Daten immer fragen, welche individuellen Transformationen und sonstige Gesetzmäßigkeiten sind hinter diesen statistischen Kennwerten verborgen. Am einfachsten ist es, wenn man theoretisch plausibel machen kann, daß der Zusammenhang auf individuellem Niveau reduziert besteht, aber in der Tendenz den Zusammenhang auf aggregiertem Niveau widerspiegelt. Man kann zwar Aussagen über aggregierte Daten (Mittelwerte) machen, wenn man die individuellen Werte kennt, da der Mittelwert durch die individuellen Daten festliegt, aber die individuellen Daten liegen nicht fest, wenn man nur den Mittelwert kennt, es müssen ausreichend positive Korrelationen zwischen den Personen vorhanden sein, nur dann repräsentiert die Mittelwertskurve auch die individuellen Reaktionen zufriedenstellend (Sixtl, 1980, 1993). Um diesen Schritt von den aggregierten Daten zu den individuellen Gesetzmäßigkeiten vornehmen zu können, ist es notwendig, theoretische Bezüge für die empirischen Kennwerte als Grundlage herzustellen. Sie sind die notwendige Brücke, die man braucht, um individuelles Verhalten theoretisch erfassen zu können. Gleichzeitig braucht man aggregierte Daten, um nicht Einzelphänomene unzulässig zu generalisieren. Die Verbindung zwischen den beiden Ebenen kann jedoch nur

dadurch hergestellt werden, daß man Theorien heranzieht, die diese Verbindungen überprüft haben und erklären können. Diese Theorien sollten möglichst einfach und allgemeingültig sein, damit sie empirisch gut gestützt zur Erklärung der Beziehung zwischen wirtschaftlichen Prozessen im Makrobereich und dem individuellen Sozialverhalten herangezogen werden können. Deshalb wird der Versuch unternommen, aus wichtigen sozialpsychologischen Theorien zentrale Postulate abzuleiten und diese gemeinsam in ein theoretisches Kern-Modell zu integrieren, das die zentrale Bedeutung ökonomischer Rahmenbedingungen für das Sozialverhalten der Mitglieder einer Gesellschaft zu erfassen versucht. Vor diesem Hintergrund müssen die nachfolgenden Analysen, Interpretationen und theoretischen Konstruktionen beurteilt werden.

2. Wirtschaftliche Bedingungen und Werthaltungen

Um den Zusammenhang zwischen ökonomischen Indizes und einem sozialpsychologischen Phänomenfeld aufzuzeigen, sollen zuerst Werthaltungen in Verbindung mit ökonomischen Rahmenbedingungen betrachtet werden. Es ist schon an anderer Stelle argumentiert worden, daß der Inglehart-Index eher Werteinstellungen als fundamentale Werte mißt, die gegen Einflüsse von außen relativ resistent sein würden (Witte, 1996), weil man recht hohe partielle Korrelationen des Inglehart-Index von 1972 bis 1993 mit der variierenden Inflationsrate und der Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik von über $r=0.60$ erhält und die multiple Korrelation aus beiden wirtschaftlichen Indizes bei ca. $R=0.90$ liegt (Witte, 1996; Klein & Pötschke, 2000). Aus diesen aggregierten Daten heraus ergibt sich, daß die Wert-Ebene und die ökonomischen Indizes recht eng zusammenhängen (s.a. Inglehart, 1997; Granato, Inglehart & Leblang, 1996; Mehlkop, 2000). Auch bei Mehlkop (Modell 2, S. 222) gibt es eine multiple Korrelation zwischen der Wirtschaftsentwicklung einerseits und der sozialpsychologischen Ebene des Leistungsbedürfnisses verbunden mit dem Postmaterialismus-Index von $R=0.59$. Selbst die einfache Korrelation zwischen z.B. Leistungsbedürfnis und Investitionsumfang beträgt $r=0.64$ (Mehlkop, 2000, S.223). Die Zusammenhänge zwischen diesen beiden Bereichen - Wirtschaft und Werthaltung - scheinen auf dem aggregierten Niveau viel enger zu sein, als vielleicht von vielen angenommen. Von daher ist es sicherlich richtig, die wirtschaftlichen Prozesse mit einer sozialpsychologischen Perspektive zu verbinden, wie es schon seit langer Zeit Frey (z.B. 1999) vorschlägt. Gleichzeitig wird damit auch deutlich, daß der Inglehart-Index variable Werthaltungen mißt, die die subjektive Transformation wirtschaftlicher Prozesse erfassen. Dabei wird bei dieser Interpretation unterstellt, daß ohne Variation wirtschaftlicher Indizes die individuelle

Werthaltung, bis auf geringe Zufallsschwankungen, konstant bleibe, wir also auf dem individuellen Niveau unter konstanten wirtschaftlichen Bedingungen eine gewisse Stabilität hätten. Da die Prozentsätze von einer Zufallserwartung abweichen (Witte,1996), kann man erwarten, daß diese individuelle Stabilität vorhanden ist, die die Abweichung vom Zufall erzeugt . Außerdem würde eine zufällige Beantwortung der Items zu einem konstanten Mittelwert unabhängig von den Wirtschaftsindizes führen, so daß der systematische Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Kontext und der aggregierten, individuellen Werthaltung für eine gewisse Stabilität spricht.

Wie oben schon erwähnt, steht die Arbeitslosenquote in enger Verbindung mit dem Prozentsatz an Materialisten (partielle Korrelation $r=0.60$) und dem Prozentsatz an Postmaterialisten (partielle Korrelation $r=-0.64$) in der Bundesrepublik zwischen 1973 und 1992 (Witte, 1996). Diese Ergebnisse werden durch Analysen der Inflationsrate über den erweiterten Zeitraum zwischen 1970 und 1997 von Klein und Pötschke (2000) gestützt.

Langfristig werden sich bei **stabilen** wirtschaftlichen Prozessen die Werthaltungstypen einem Gleichgewichtszustand nähern, der durch einen konstanten Prozentsatz von Postmaterialisten um 16,7 %, einer Abnahme der Materialisten auf diese 16,7 % und einer Zunahme der Mischtypen auf 66,7 % gekennzeichnet ist (Witte, 1996; Klein & Pötschke, 2000). Dieser Gleichgewichtszustand ist auch durch den Meßvorgang über den Inglehart-Index beeinflusst, so daß die absoluten Zahlen nicht unabhängig von der Meßvorschrift interpretiert werden dürfen.

Wichtig an diesem Simulationsmodell ist aus der hier zu behandelnden Problematik, daß bei der Simulation der wirtschaftliche Einfluß (die Inflationsrate) konstant gehalten worden ist, so daß dieser Gleichgewichtszustand nur bei gleichbleibend positiver wirtschaftlicher Entwicklung erreicht wird. Ein Anstieg der Inflationsrate oder aber auch der Arbeitslosenquote brächte eine Störung der Prozesse mit sich, weil insbesondere dadurch der Prozentsatz der Materialisten wieder zunehmen würde und folglich der Prozentsatz der Mischtypen abnähme. Der Prozentsatz der Postmaterialisten bliebe über die Zeit hin recht stabil. Da es nur zwei Freiheitsgrade gibt und der Prozentsatz an Postmaterialisten konstant bleibt, wie es die bisherigen Daten über die Zeit zeigen, kann man davon ausgehen, daß die wirtschaftlichen Prozesse vorwiegend auf die individuelle Bevorzugung der materialistischen Position wirken, wenn sie zu einer unsicheren Lebenslage führen.

Mit der Wiedervereinigung und den Unterschieden in der Arbeitslosenquote in beiden Teilen Deutschlands von im Durchschnitt ca. 10% läßt sich insgesamt eine unterschiedliche Entwicklung in den Regionen aufzeigen, was sich auch auf die Wertebene auswirken sollte,

wenn es diese systematische Bevorzugung von Werten gibt. Zwar ist dieses Modell der Werteentwicklung in der oben geschilderten Weise nur für Westdeutschland überprüft worden, aber es spricht viel dafür, daß diese globalen Prozesse eine Allgemeingültigkeit besitzen.

Wegen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands sollten sich aber auch auf der Werteebene Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland aufzeigen lassen, wenn gesetzmäßige Veränderungen auch auf der individuellen Ebene hinter der Korrelation aggregierter Daten stecken. Ein Beispiel hierfür ist ein Maß, das die Zufriedenheit mit der Demokratie im Lande mißt. Hier zeigen sich in den beiden Teilen Deutschlands parallele Verläufe mit einer konstanten Differenz von ca. 30 % Zustimmung, d.h. in Westdeutschland geben in den Jahren 1990 bis 1995 30 % der Bevölkerung mehr an, daß sie mit der Demokratie zufrieden sind als in Ostdeutschland (Terwey, 1996). Es zeigt sich ferner, daß 1994 in beiden Teilen Deutschlands einer Überfremdung von 37 % zugestimmt wird. Vier Jahre später, 1998, ist dieser Anteil in Ostdeutschland auf 47,5 % gestiegen, in Westdeutschland nur auf 43,7 %. Die Ausländerfeindlichkeit hat also in Ostdeutschland stärker zugenommen bei gleichem Ausgang 1994 (Winkler, 2000).

Diese Unterschiede lassen sich nach den bisher geführten Diskussionen wesentlich durch die höhere Arbeitslosenquote von ca. 10 % erklären, die auf subjektiver Ebene zu einer Veränderung der Werthaltung führt. Dabei wird unterstellt, daß 1994 ein gemeinsamer Ausgangspunkt in der Einschätzung der Überfremdung bestand, weil die Ostdeutschen eine gewisse Zeit der Anpassung mit höherer Arbeitslosigkeit als realistisch angenommen haben. Vielleicht war sogar vorher die Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland geringer und das Ausmaß der Zustimmung vor 1994 lag unter dem Prozentsatz von 1994 von 37%. Auch hier handelt es sich wieder um aggregierte Daten, so daß man auch in diesem Zusammenhang unterstellen muß, wenn man individuelle Werthaltungen oder Einstellungen betrachten will, die Beantwortung dieser Aussagen bliebe ohne Variation der wirtschaftlichen Lage bei den Einzelpersonen relativ konstant und sei ein individueller Indikator dieser Einstellungen.

Man muß an dieser Stelle aber weder komplizierte Sozialisationsprozesse in einem totalitären System, noch psychoanalytisch orientierte interne Konfliktbewältigungen bemühen, um solche Unterschiede in den Werthaltungen zu erklären. Es reichen die gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen zur Erklärung aus, wenn man eine globale Betrachtung vornimmt, die sich auf Durchschnittsindividuen bezieht. Die Annahme, daß in Ostdeutschland verstärkt spezifische individuelle Verarbeitungsprozesse auf psychoanalytischem Hintergrund

auftreten, die einen Unterschied in der Werthaltung erzeugen (z.B. Maaz,1992), läßt sich aus diesen Daten nicht entnehmen. Wenn man westdeutsche Regionen mit großer Arbeitslosigkeit betrachtet, dann sind die Auswirkungen auf das Verhalten der Anwohner ähnlich. Warum aber eine bestimmte Person ihre spezifische Werthaltung entwickelt oder verändert hat, läßt sich mit diesen globalen Betrachtungen nicht entschlüsseln. Hierzu braucht man individuelle Charakteristika , die in bestimmter Weise auf den Makrostress „Arbeitslosigkeit“ reagieren, z.B. Depressionswerte, Kontrollierbarkeitswerte, Werte der internalen und externalen Attribution, Werte der individuellen sozialen Unterstützung etc. (Witte & Sacasa, 2000). Nur wenn man darüber informiert ist, dann kann man vorhersagen , welche Person ihre Werthaltung bei Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen verändern wird und welche nicht. Ansonsten bleibt allein die Vorhersage, daß sich das mittlere Individuum in einer Kategorie mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit verändern wird. Die konkreten , individuellen Verarbeitungsprozesse können auf aggregiertem Niveau nicht erschlossen , d.h. im oben angeführten Sinn verstanden, werden. Hier aber gilt das Sparsamkeitsprinzip (Occam´s razor), solange man nicht gezwungen ist, spezifische Annahmen einzuführen, sollte man das auch nicht tun: Es reicht zur Erklärung der allgemeinen Erscheinungen aus, daß die wirtschaftlichen Bedingungen in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich sind, um die Unterschiede in den Werthaltungen zu erklären. Der psychische Apparat der beiden Bevölkerungen kann solange als ähnlich unterstellt werden, bis man sehr deutliche individuelle Unterschiede aufzeigen kann, die die individuellen Verarbeitungsprozesse aufweisen.

3. Wirtschaftliche Bedingungen und Ausländerfeindlichkeit

Wenn die Beziehung zwischen wirtschaftlichen Bedingungen und Werthaltungen enger sind als wir vielleicht vermutet haben, dann entstehen entsprechende materialistische Haltungen in den Regionen, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, d.h. ein Durchschnittsindividuum findet die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation als besonders wünschenswert, wie es in dem Inglehart-Index als ein materialistisches Ziel zur Auswahl steht. Diese Haltungen werden von der Bevölkerung in verstärktem Maße getragen, wobei Jugendliche diese Werthaltungen eher ausleben als Erwachsene, weil sich Erwachsene eher angepaßt **verhalten**, aber nicht unbedingt anders denken und fühlen. Betrachten wir deshalb als nächste Beziehung den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Situation und Ausländerfeindlichkeit. Wobei Ausländerfeindlichkeit kein besonderes Problem Ostdeutschlands ist, zumindest nicht in der Weise, daß die DDR-Sozialisation und sonstige interne Einflüsse der

Persönlichkeitsverarbeitung die Haupteklärung liefern, so angenehm uns, den Westdeutschen, eine solche Erklärung auch sein mag, es geht vor allem um die wirtschaftlichen Bedingungen, die eine entsprechende Werthaltung mit nachfolgendem Verhalten erzeugen, so scheint es nach den vorliegenden aggregierten Daten.

Folglich haben wir eine entsprechende Ausländerfeindlichkeit in den westdeutschen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ebenfalls, wie sich indirekt durch den Verbotsantrag der NPD von allen Bundesländern belegen läßt, aber auch durch entsprechende Ereignisse in Westdeutschland (s.u.).

Die Frage ist natürlich dann, wie die Transformation einer wirtschaftlichen Situation in eine verstärkte Ausländerfeindlichkeit individuell abläuft. Diese internen Vorgänge bei einzelnen Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, muß man zu **erklären** versuchen: Wenn Personen erlebte oder drohende Arbeitslosigkeit als Unsicherheit und deshalb als Bedrohung der Identität erleben, dann müssen diese Personen für sich Erklärungen finden, die ihre Identität nicht gefährden. Das bedeutet, sie werden in vielen Fällen **external attribuieren**, um ihre Identität zu sichern. Dieser Prozeß gilt allgemein für bedrohliche Ereignisse und stellt einen „self-serving bias“ dar (Witte,1994²).

Nach klassischen Studien aus England finden Arbeitslose vor allem folgende zwei Erklärungen: a) Einwanderer haben die Jobs weggenommen und b) Gewerkschaften haben nicht genug gekämpft (Furnham, 1982). Man kann jetzt versuchen, Daten zu finden, die zumindest den Abbau der internalen Attribution in einem bedrohlichen, wirtschaftlichen Kontext aufzeigen, wenn man Ost- und Westdeutsche vergleicht.

Die ALLBUS-Umfrage hat zwei Aussagen erhoben in den Jahren 1991, 1994 und 1998. Die erste Aussage lautet: „**Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat**“ (Aussage 1) und „**Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung.**“ (Aussage2) Hierzu ergeben sich folgende Prozentsätze der Zustimmung (Meulemann, 1999):

TABELLE 1

Unterschiede in der internalen Attribution zwischen Ost- und Westdeutschen
Prozentsätze der Zustimmung zu obigen Aussagen

	AUSSAGE 1	AUSSAGE 2
--	-----------	-----------

	OST	WEST	OST	WEST
1991	45 %	53 %	58 %	64 %
1994	35 %	57 %	44 %	62 %
1998	27 %	52 %	43 %	63 %

Wie man diesen Daten entnehmen kann, sinkt das Ausmaß der internalen Attribution mit der Zeit also auch mit der Dauer der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Das Jahr 1991 mag als Ausgangspunkt der allgemeinen Umstellung gewertet werden und die Prozentsätze anzeigen, die auch in Ostdeutschland vorhanden waren, ohne den kontinuierlichen Einfluß der hohen Arbeitslosigkeit. Vergleichbare Daten finden sich in der ipos-Zeitreihe, wo die Ostdeutschen sich verstärkt vom Leistungsprinzip zum Gleichheitsprinzip im Lebensstandard und im Einkommen zwischen den Jahren 1990 und 1995 hin entwickeln, d.h. sie lehnen eine individuelle Verantwortung eher ab. Dabei nehmen ebenfalls die Streuungen in Ostdeutschland zu, so daß die ostdeutsche Gesellschaft stärker polarisiert wird (Meulemann, 1999), was sich gleichfalls aus dem höheren Prozentsatz an Arbeitslosen erklären läßt: Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit berohnte Personen lehnen eher das Leistungsprinzip ab als sicher Beschäftigte, und es gibt in Ostdeutschland einen höheren Prozentsatz an Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit berohnten Personen und damit eine größere Streuung innerhalb der Bevölkerung. Man könnte jetzt **folgende sozialpsychologische Gesetzmäßigkeit** unterstellen (s.a. Fischer & Wiswede, 1997):

Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen (Makrosystem) führt zu einer verstärkten Bedrohung der Identität (Individualsystem). Diese Identitätsbedrohung löst verstärkt externale Attributionen aus und verringert die internalen Attributionen zur Erklärung der eigenen Lebenssituation. Diese externalen Attributionen müssen sich auf Mitglieder von Außengruppen beziehen, denen man sich nicht zugehörig fühlt, z.B. Ausländer, Obdachlose, Kriminelle und politische Mandatsträger. Dieser Zusammenhang zwischen einem wirtschaftlichen Stressor und anomischen Verhalten läßt sich neben der Marienthal-Studie (Jahoda, Lazarsfeld & Zeisel, 1960) auch in einer klassischen Studie von Hovland und Sears (1940) für die USA finden. Sie ermitteln die Anzahl der Lynchungen zwischen 1882 und 1930 sowie wirtschaftliche Indizes für die einzelnen Jahre. Es ergeben sich Korrelationen von über $r > .60$ zwischen diesen beiden Variablenreihen. Diese klassische Studie ist in jüngerer Zeit intensiv reanalysiert worden (Hepworth & West, 1988). In dieser

Arbeit wird deutlich, daß die Korrelationen mit einem globalen Wirtschaftsindex geringer sind als bei Hovland und Sears (1940) berichtet und bei knapp über $r = 0.40$ liegen. Weiterhin zeigt die Reanalyse, daß eine wesentliche Komponente die relative Deprivation im Jahr davor ist, die die Anzahl der Lynchungen von Schwarzen, aber nicht von Weißen, vorhersagt. Diese Korrelation beträgt dann $r = 0.34$ und ist statistisch bedeutsam. Dieses abweichende Verhalten zur scheinbaren Sicherung der Rechtsstaatlichkeit gegen eine Außengruppe steht offensichtlich in Kongruenz zur wirtschaftlichen Lage, wobei bereits methodisch auf zufällige Schwankungen bei der Berechnung der Korrelationen eingegangen wurde, um artifizielle Zusammenhänge auszuschließen. Eine Konsequenz in unserer augenblicklichen Situation, um historische Betrachtungen zu verlassen, ist verstärktes ausländerfeindliches Verhalten, aber auch die Zunahme an Stimmen für radikale Parteien als eine Form des Protestes gegen diese Außengruppen. Dabei drückt das Wählerverhalten eher die allgemeine Geisteshaltung aus als die fremdenfeindlichen Aktionen der Jugendlichen, weil solche Aktionen nicht mit der Lebenswelt der älteren Erwachsenen verbunden sind (Frindte & Neumann,2001).

Man muß also nicht mit der psychoanalytisch gefärbten Theorie des Gefühlsstaus (Maaz, 1992) operieren, um die Ergebnisse zu erklären. Die psychischen Prozesse, die in Ostdeutschland beobachtbar sind, sind allgemeingültig, resultieren aus der wirtschaftlichen Situation und haben danach keine spezifisch ostdeutsche Sozialisation als Hintergrund, wenn man davon absieht, daß die PDS als eher radikale Partei nur in Ostdeutschland in diesem Umfang wählbar ist, weil sie in Ostdeutschland eher dem demokratischen Spektrum zugeordnet wird (Gensicke,2000). Es können also die im Augenblick brisanten Ereignisse und Vorgänge in Ostdeutschland in einem historischen Kontext gesehen werden und in einem sozialpsychologischen Verhaltensmodell erklärt werden, wobei man sehr wohl auch die Einzigartigkeit der historischen Situation berücksichtigen muß. Es gibt Anteile , die nicht generalisierbar sind, aber auch solche, die sich einem allgemeinen Erklärungsmodell unterordnen lassen. Die Suche nach einem solchen sozialpsychologischen Kern-Modell ist das Ziel dieser Arbeit.

Vergleichbare Prozesse sind auch in Westdeutschland beobachtbar, wenn entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorliegen, wobei sich dann weniger die PDS als vielmehr rechtsradikale Parteien anbieten. Hinzu tritt ein weiteres Problem, mit dem alle Arbeitslosen verstärkt konfrontiert werden: die Bevölkerung glaubt immer stärker, die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten, d.h. es wird eine internale Attribution von außen vorgenommen, die verstärkt abgewehrt werden muß. So haben laut Umfrage des Allensbach-Instituts (2.3.2001) 66% der Westdeutschen und 40% der Ostdeutschen diese Vermutung ,

wobei 1994 in Westdeutschland der Prozentsatz bei 39% und in Ostdeutschland bei 11% lag. Das stellt eine Verschärfung der emotionalen Belastung für die Arbeitslosen dar, die natürlich solche Einstellungen wahrnehmen, wodurch sich zunehmende ausländerfeindliche Reaktionen erklären lassen : Die interne Erklärung von außen muß durch eine verstärkte externe Erklärung von „innen“ (als Arbeitslose) ausgeglichen werden.

Trotzdem darf man jetzt nicht den Fehler begehen, von der Aggregatebene direkt auf konkrete Einzelpersonen zu schließen. Es bleibt weiter unklar, warum sich konkrete Personen in bestimmter Weise gegen Ausländer verhalten haben. Hierzu müssen zusätzliche Rahmenbedingungen betrachtet werden, wie z.B. Alkoholmißbrauch, Gruppensituation etc. Nur dann lassen sich konkrete Handlungen einzelner Personen verstehen. In diesem Zusammenhang berichten Frindte und Neumann(2001) von vorläufigen Ergebnissen aus einer intensiven Befragung von knapp 100 jugendlichen Gewalttätern mit fremdenfeindlichem Hintergrund aus Ostdeutschland . Daran erkennbar wird, daß nicht die politische Ideologie der Antrieb für die Gewalttaten war, sondern die Zugehörigkeit zu der Außengruppe, gegen die man wegen der verstärkten externalen Attribution vorgegangen ist sowie die Gruppensituation und der Alkohol. Alles zusammen hat die Hemmschwelle zur Ausführung der Gewalttaten reduziert. Manchmal dient dann nachträglich zur Rechtfertigung der Handlungen eine quasi-politische Argumentation. Aus fremdenfeindlichen Handlungen kann man nicht auf die politische Ideologie schließen, aber umgekehrt bedeutet eine rechtsradikale Ideologie eine fremdenfeindliche Vorgehensweise. Man muß also unterscheiden zwischen dem allgemeinen Prozeß der externalen Attribution, der alle Mitglieder von Außengruppen treffen kann, und der gezielt politisch-basierten Vorgehensweise. Natürlich sind Jugendliche , die external attribuieren, gefährdet, sich einer solchen Ideologie dann auch anzuschließen, weil sie für sich entsprechende Erklärungsmodelle brauchen. Aber der Auslöser für diese Handlungen scheint nach diesen intensiven Interviews nicht in der politischen Orientierung zu liegen, sondern in der familiären Sozialisation („Broken homes“) , dem Gruppenkontext und dem Alkoholeinfluß.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang eine groß angelegte, repräsentative Untersuchung an 2750 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, so läßt sich zeigen, daß ökonomische Risikowahrnehmungen (Arbeitslosigkeit) deutliche Auswirkungen auf das subjektive Lebensgefühl und die Gewaltbereitschaft haben (Schröder & Melzer,1992). Das sind nicht-aggregierte Daten, die die Zusammenhänge auf dem individuellen Niveau beschreiben. Interessanterweise gibt es eine manifeste (im Verhalten gezeigte) Ausländerfeindlichkeit von 10% in Westdeutschland und eine von 20% in Ostdeutschland,

was in etwa der Differenz in der Arbeitslosenquote zwischen beiden Teilen Deutschlands entspricht. Diese Mittelwertsunterschiede von aggregierten Daten zeigen aber auf dem Niveau individueller Zusammenhänge nur eine positive Korrelation zwischen der empfundenen ökonomischen Risikolage und der offenen Ausländerfeindlichkeit in Westdeutschland, aber nicht in Ostdeutschland. Die Frage ist, warum sich hier unterschiedliche Zusammenhänge zeigen. Eine Erklärung könnte sein, daß in Westdeutschland das Verhalten stärker durch die politische Einstellung, hervorgerufen durch die empfundene Wirtschaftslage, geprägt ist als in Ostdeutschland. Dort wird allgemein die wirtschaftliche Lage als negativ eingeschätzt, aber nicht alle zeigen dann auch manifestes ausländerfeindliches Verhalten. Das konkrete ausländerfeindliche Verhalten wird durch hinzukommende Bedingungen ausgelöst und nicht allein durch die als defizitär empfundene wirtschaftliche Lage, weil diese Einschätzung individuell nicht genügend differenziert – die große Mehrheit erlebt sie als bedrohlich – und je länger diese Berohung anhält, desto eher reagiert man mit Hilflosigkeit und Depression, was das aggressive Verhalten dann wieder mindert (s. Punkt 5.). In Westdeutschland sind die offenen Verhaltensweisen stärker mit dem Zustand der erlebten Bedrohung verbunden, weil dieser Zustand hier stärker differenziert und die Hilflosigkeit noch nicht so verbreitet ist.

Generell scheint sich die These der regionalen Sozialisationseffekte in diesem Bereich der Ausländerfeindlichkeit nicht zu bestätigen: Das zentrale Persönlichkeitsmerkmal in diesem Bereich ist der Autoritarismus und der unterscheidet sich nicht bei Jugendlichen zwischen den Teilen Deutschlands (Oesterreich,1993).

Ein Mangel bei der Betrachtungsebene von Durchschnittsindividuen auf Aggregatebene besteht darin, daß nicht entscheidbar ist, warum gewisse Personen eine verstärkte Ausländerfeindlichkeit entwickeln und andere Personen nicht, obwohl sie unter denselben wirtschaftlichen Bedingungen aufwachsen. Hierzu sind persönliche Daten notwendig, mit denen eine individuelle Differenzierung möglich wird. Ohne diese Daten kann man nur Aussagen auf dem Aggregatniveau vornehmen, wobei man die intern ablaufenden Individualprozesse, die aus den Mittelwerten nicht ableitbar sind, durch die Verwendung theoretischer Modelle, die an anderer Stelle empirisch überprüft worden sind, verständlich machen muß. Gerade auf dem Gebiet der Ausländerfeindlichkeit gibt es zahlreiche Ansätze, die Erklärungen über individuelle Prozesse liefern, so daß man eine Position einnehmen muß, die die Gemeinsamkeit dieser Modellansätze herausarbeitet und auf grundlegenden sozialpsychologischen Prozessen basiert (Zick,1997). Solche grundlegenden Ansätze sind die oben genannte Zunahme der externalen Attribution bei bedrohlichen Ereignissen und allgemeine Aussagen über die Verarbeitung von sozialem Streß. Man kann diesem Streß z.B.

dadurch begegnen, daß man „emigriert“, d.h. die neuen Bundesländer verläßt, wie es in großem Umfang geschieht. Wenn man aber nicht emigriert, dann führt der soziale Streß dazu, daß die Personen, die weiterhin unter dem Streß leiden, verstärkt external attribuieren, wie Forschungen zum sozialen Streß zeigen (Witte & Sacasa, 2001). Außerdem nehmen Angst und Depression bei anhaltendem sozialen Streß zu (Witte & Sacasa, 2001), was zu dem führt, was man als erlernte Hilflosigkeit bezeichnet (Witte, 1994², S. 280 ff). Aus der Beobachtung von Symptomen der erlernten Hilflosigkeit darf man aber nicht den Schluß ziehen, daß bereits zu Beginn durch die Sozialisation in der ehemaligen DDR Persönlichkeiten verstärkt entstanden sind, die diese Symptomatik entwickelt haben. Die Ursache liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Wende und nicht in der Sozialisation vor der Wende, was z.B. zu einem höheren Autoritarismus geführt haben müßte, wollte man diese These aufrechterhalten.

Auf einen weiteren Gesichtspunkt, der mit der ungleich hohen Arbeitslosigkeit zusammenhängt, ist an dieser Stelle hinzuweisen, nämlich die große Belastung der Paarbeziehungen durch die Arbeitslosigkeit. Bekanntlich gibt es auf dem Makrosystem-Niveau Zusammenhänge zwischen der Arbeitslosenquote und der Scheidungsrate, wenn man entsprechende Regionen in Westdeutschland betrachtet (Witte, Sibbert und Kesten, 1992). Ferner lassen sich die Belastungen der einzelnen Paare durch die Arbeitslosigkeit des Mannes nachweisen (Bleich & Witte, 1992). Aus dieser Situation heraus läßt sich auch das drastische Absinken der Geburtenrate in Ostdeutschland erklären und das Fortdauern des äußerst niedrigen Niveaus nach der Wende. Der soziale Streß, d.h. die wirtschaftliche Situation, ist die Ursache für anomische Erscheinungen und nicht umgekehrt. Eine entgegengesetzte Erklärung der anomischen Phänomene hätte zur Folge, daß entsprechende Erscheinungen in Westdeutschland nicht auftreten könnten, weil andere Sozialisationsgeschichten abgelaufen sind. Letztere Erklärung überschätzt die Sozialisationsunterschiede und unterschätzt den Einfluß variierender ökonomischer Parameter auf die Werthaltung (Hopf, 1994).

4. Wirtschaftliche Bedingungen und Wählerverhalten

In der Forschung über die Verbindung zwischen **politischen** und **wirtschaftlichen** Prozessen hat sich recht deutlich eine Verbindung herstellen lassen, z.B. die Bewertung der bundesrepublikanischen Regierung aufgrund von Arbeitslosenquote, Inflationsrate und Einkommenszuwachs (Schneider & Frey, 1988). Auch auf die amerikanische Präsidentschaftswahl lassen sich systematische Einflüsse des Bruttosozialproduktes und der Inflationsrate nachweisen (Frey, 1999), z.T. sogar sehr gut prognostizieren.

Von daher liegt es nahe, wichtige zeitgeschichtliche Ereignisse über einen solchen Ansatz zu erklären. Dabei repräsentieren Wählerstimmenanteile in der Bevölkerung eine Ebene der politischen Einstellung, die man viel geschützter äußern kann als manifestes Verhalten gegen Ausländer.

Frey (1999) erklärt z.B. den Prozentsatz der Stimmen für die NSDAP bei den vier Wahlen zwischen 1930 und 1933 über die wirtschaftlichen Prozesse. Hierzu verwendet er neben den vier Wahlzeitpunkten 13 unterschiedliche Regionen mit verschiedenen Arbeitslosenquoten und Anteilen an Bauern und Arbeitern sowie Prozentsätzen an Katholiken. Dabei zeigt sich deutlich, daß die NSDAP von der Arbeitslosenquote profitiert hat. Eine **Zunahme** der Arbeitslosenquote von 10 % hat einen **Zuwachs** des Stimmenanteils von 10.1 % für die NSDAP gebracht. Ohne den Anstieg der Arbeitslosenquote von 16,6 % im Januar 1930 auf 34,3 % im Januar 1933 wäre nach diesem Modell die NSDAP „nur“ von 18,3 % auf 28,5 % Wählerstimmen angestiegen und nicht auf den tatsächlichen Prozentsatz von 43,9 % im März 1933. Für die NSDAP liegt die multiple Korrelation zwischen Vorhersage nach dem Modell und den beobachteten Prozentsätzen über die vier Wahlen in 13 Regionen bei $R=0.96$ (Frey, 1999, S.69). Man kann also von einem Ansatz ausgehen, der die vergangene Entwicklung sehr gut erklären kann, wenn man sich auf die Aggregatebene der Korrelation von Mittelwerten in Regionen zu verschiedenen Zeitpunkten bezieht. Unklar bleibt dabei natürlich, wer nun die NSDAP individuell gewählt hat. Tatsächlich waren es nicht die Arbeitslosen aus der Unterschicht, die eher DKP gewählt haben, als vielmehr der Mittelstand, insbesondere Angestellte des öffentlichen Dienstes, die Bauern und die Rentner (Childers, 1983). Hinzukamen noch die arbeitslosen Jugendlichen, die sich stark polarisierten, indem sie vorwiegend links oder rechts extrem wählten (Peukert, 1987). Die oben beschriebene Korrelation basiert auf einer diachronen Entwicklung. Diese Korrelation muß ergänzt werden durch eine synchrone multiple Korrelation sozioökonomischer Kategorien als unabhängige Variablen mit dem Prozentsatz an Wählerstimmen für die NSDAP als abhängige Variable. Eine solche multiple Korrelation erklärt den Prozentsatz an Wählerstimmen für die NSDAP zu $R^2=0.60$ (Falter, 1986). Dabei sind als unabhängige Variable folgende eingeführt worden: Prozentsatz an Katholiken, Arbeiteranteil, Urbanisationsgrad, Prozentsatz an arbeitslosen Arbeitern, Prozentsatz an arbeitslosen Angestellten. Bis auf die letzte Variable haben alle anderen einen negativen β -Koeffizienten, d.h. nur der hohe Prozentsatz an arbeitslosen Angestellten trägt positiv zum Wahlerfolg der NSDAP bei. Es gibt also zwei Prozesse, die unterschieden werden müssen, nämlich die Charakterisierung der jeweiligen Wähler der NSDAP und die Veränderung ihrer Wähleranteile über die Zeit. Die

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen also relativ bezogen auf die zeitliche Veränderung der Arbeitslosigkeit zu einer Zunahme der Wählerstimmen der NSDAP, aber der typische Wähler ist nicht der arbeitslose Arbeiter, sondern der arbeitslose Angestellte. Arbeitslosigkeit ist damit ein allgemeiner Index für die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Situation, die zu einer Polarisierung in rechte und linke Wähler führt, wobei das insbesondere für die Jugendlichen gilt, die noch keine Parteiidentifikation bzw. Gewohnheit bei dem Wahlverhalten entwickelt haben.

Wenn man die Erfolge der PDS in Ostdeutschland, besonders prägnant in den beiden Teilen Berlins erkennbar, betrachtet, so sind sicherlich zwei Einflußfaktoren wichtig, nämlich eine gewisse Gewohnheitskomponente und zusätzlich die wirtschaftliche Lage. Das führt dazu, daß bei gleichbleibender Arbeitslosigkeit der Stimmenanteil der PDS erhalten bleiben wird. Ebenso wird in Westdeutschland deutlich, daß rechtsradikale Parteien in Krisengebieten und zu Krisenzeiten eine Chance auf Stimmenzuwachs besitzen, die nur schwer zu reduzieren ist. Welche radikale Partei gewählt wird, hängt dabei auch von der individuellen Sozialisationsgeschichte ab und dem bevorzugten Deutungsmuster. Man kann external auf die Ausländer oder die Regierung attribuieren, was zu unterschiedlichem Wahlverhalten führt. Dadurch wird deutlich, daß Regierungen, die wirtschaftlich erfolgreich sind, eine viel größere Chance haben, wieder gewählt zu werden. Einer Opposition muß deshalb daran gelegen sein, dieses zu verhindern, wenn sie an die Macht will. Das scheint keine sehr demokratische Idee zu sein, aber sie basiert auf psychischen Prozessen, die das Wählerverhalten beeinflussen. Damit liegt der Schlüssel demokratischer Prozesse (der Wählerwille – eine höchst problematische Begriffskonstruktion, insbesondere bei dem hohen Prozentsatz an Nicht-Wählern) in der Entwicklung der Wirtschaft und teilweise bei der Wirtschaft selber, wenn sie versucht, eine globale Wirtschaftssteuerung vorzunehmen, was sicherlich nur sehr bedingt möglich ist.

Gleichzeitig müssen **zwei** Effekte unterschieden werden, nämlich zum einen eine generelle Tendenz, radikale Parteien zu wählen, weil man aus politischer Einstellung diese Parteien bevorzugt, entsprechend erzogen und das Gedankengut in der Gesellschaft verankert ist, zum anderen kurzfristige Effekte der wirtschaftlichen Lage, diese Parteien zu wählen, weil man die regierenden Parteien an der Misere verantwortlich macht. Hierdurch können jedoch über längere Zeit Veränderungsprozesse eingeleitet werden, die zu entsprechenden Entwicklungen der politischen Polarisierung führen und Rechtsradikalismus entstehen lassen. Diese Überlegungen sind bereits dadurch angedeutet worden, daß eine hypothetische Entwicklung der NSDAP von 18.3 % 1930 auf 28.5 % 1933 zu erwarten gewesen wäre, wenn es **keine**

wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegeben hätte. Also auch in diesem Falle hätte der Stimmenanteil der NSDAP zugenommen. Das hängt von der politischen Grundstimmung in der Bevölkerung ab, die sich auch aus dem Gesamtniveau der wirtschaftlichen Situation ergibt, ohne eine weitere Verschlechterung zu unterstellen. Die Entwicklung auf 43.9 % 1933 wird als Zusatzeffekt durch den weiteren wirtschaftlichen Niedergang und die erlebte individuelle Bedrohung erklärt. Folglich sind sehr wohl gesellschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, die das **allgemeine** Niveau, radikale Parteien zu wählen, senken und die politische Grundströmung beeinflussen. Es darf aber nicht verwundern, wenn bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein entsprechender Anstieg des Stimmenanteils radikaler Parteien beobachtet wird. Man muß sich auch politisch darauf einstellen, um nicht nachher überrascht zu werden. Dabei sind Verbote radikaler Parteien, wenn nicht von ihnen kriminelle Handlungen ausgehen - und dann reicht das Strafgesetzbuch - , kein wirksames Instrument der Verhinderung von Stimmanteilen für radikale Parteien. Man müßte eigentlich die Wähler daran hindern, radikal zu wählen, denn die Wähler sind mit dem Verbot gemeint und weniger die Parteien, die kaum Mitglieder haben. Die Wähler aber lassen sich durch die wirtschaftliche Lage entsprechend beeinflussen. Die Parteien bieten nur eine Wahlmöglichkeit. Mit dem Gesetz kann man zwar gewisse Möglichkeiten einschränken, wahrscheinlich aber nur sehr bedingt, weil es sicherlich Wege gibt, diese Einschränkungen zum umgehen, aber man kann durch Verbote nicht die Einstellungen ändern. Im Grunde genommen sind die Prozentsätze für die radikalen Parteien ein gutes Maß für die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland. In ähnlicher Weise dokumentiert die Quote der Nicht-Wähler die Unzufriedenheit mit dem politischen Parteiensystem. In beiden Bereichen muß man aufpassen, daß Gesetze nicht die Geisteshaltung der Bevölkerung verschleiern bzw. administrative Maßnahmen die Erkennbarkeit verhindern. Möglicherweise haben Verbote nur zur Folge, daß sich das politische System nicht mehr der Herausforderung stellt, Rechtsradikalismus zu bekämpfen, weil er weniger sichtbar geworden ist. Er ist damit aber nicht verschwunden. Gleichzeitig wird deutlich, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Wählerverhalten und damit das politische System und die gesellschaftliche Grundströmung prägen. Wirtschaftspsychologie im klassischen Sinne der Markt-, Medien- und Meinungsforschung als abhängige Variable birgt in sich einen hochpolitischen Kern, wenn man die wirtschaftlichen Bedingungen in Ergänzung der Perspektive auch als unabhängige Variable betrachtet, die politische Prozesse erheblich mit determiniert. Der Einfluß der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als umgebendes Makrosystem darf nicht unterschätzt werden, wenn

man die nachfolgenden sozialpsychologischen Effekte auf dem Individualsystem-Niveau betrachtet, wie man den Daten entnehmen kann. Nachdem diese Verbindung Wirtschaftssozialpsychologie anhand vielfältiger empirischer Ergebnisse plausibel gemacht worden ist, soll ein Kern-Modell entwickelt werden, das diese Bezüge theoretisch veranschaulicht.

5. Ein theoretisches Konzept zur Verbindung von ökonomischem Stress und sozialpsychologischen Effekten

Es kann hier weder unsere Aufgabe sein, die Spezialtheorien zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu diskutieren und zu integrieren (Wagner, van Dick & Zick, 2001; Zanna & Olson, 1994; Zick, 1997), noch allgemeine Rahmenbedingungen der politischen Sozialisation zu erörtern (Hackel, 1995; Frindte, 1998; Witte, 1994), sondern es geht hier nur darum, in sparsamer Weise die Kernprozesse zu skizzieren, die es erlauben, wesentliche politische Phänomene auf dem Hintergrund wirtschaftlicher Bedingungen zu erklären.² Hierzu stellen wir die folgenden acht **Postulate** auf :

I. Wenn makrosozialer Stress vorliegt, dann fühlen sich Personen bedroht.

Bei diesem Postulat ist schon der Begriff des makrosozialen Stresses nicht üblich. Es gibt eine Diskussion um diesen Begriff (Vester, 1991; Badura & Pfaff, 1992; Witte & Sacasa, 2000) mit dem Ergebnis, daß Stress an das Erleben von Einzelpersonen gebunden ist, aber der Auslöser von Stress kann an verschiedene Systemumfänge gekoppelt sein (Individual-, Mikro-, Meso-, Makro-System). Dabei ist ferner das Stresserleben gebunden an gelernte Standards, von denen eine Abweichung erfahren werden muß, damit Stresserleben auftritt. Der Bezug auf diese Standards bringt partiell die historische Situation in das sozialpsychologische Modell. Dieses Postulat geht ferner über das Konzept der relativen Deprivation hinaus, mit dem es viele Ähnlichkeiten hat, weil das Erleben von Ungerechtigkeit (Runciman, 1966; Foster & Matheson, 1995) nicht allein im Zentrum steht. Die Reaktion auf relative Deprivation, sei sie nun individualistisch, d.h. bezogen auf die eigene Person, oder kollektiv, d.h. bezogen auf die eigene Bezugsgruppe, interpretiert, hat vor allem ein Gefühl des Ungerechtigkeitserlebens zur Folge. Diese erlebte Ungerechtigkeit stellt selber eine Form der Bedrohung dar, wie es in dem Konzept von Lerner (1980) behauptet wird. Aber nicht jede Bedrohung ist mit einem Ungerechtigkeitserleben verbunden und nicht jeder makrosoziale Stress wird durch relative

² Die hier aufgestellten Postulate beschreiben das Verhalten von Durchschnittsindividuen, so daß mit einer interindividuellen Varianz gerechnet werden muß. Die Postulate sind außerdem so gewählt, daß sie durch vielfältige

Deprivation (Olson, Herman & Zanna, 1986) ausgelöst, sondern z.B. auch durch revolutionäre Zustände (Witte & Sacasa,2000), technologische Entwicklungen , Währungsumstellungen , zwischen-staatliche Konflikte etc. In diesem Postulat soll vor allem die Verbindung externer Rahmenbedingungen, die von üblichen Standards abweichen, mit internen , individuellen Prozessen hergestellt werden. Da ist die relative Deprivation ein wichtiger ökonomischer Faktor, der auch häufig untersucht wurde, aber nicht der einzige. Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquote ist es wichtig zu erkennen, daß diese Quote als Rahmenbedingung zu einem Stresserleben führt, wobei man selber nicht arbeitslos sein muß. Die Personen leiten aus der Quote eine Bedrohung ab, wenn diese gewohnte Standards überschreitet. Das mag in den neuen Bundesländern deshalb zusätzlich noch bedrohlich sein, weil es in der ehemaligen DDR keine Arbeitslosigkeit im eigentlichen Sinne gab.

II. Wenn sich Personen bedroht fühlen, dann reagieren sie kurzfristig mit Aggressionen und langfristig mit Hilflosigkeit und Depression.

Dieses Postulat entstammt der Forschung aus zwei Traditionen, nämlich der aus der Verbindung zwischen erlernter Hilflosigkeit und der Depression einerseits mit dem Verlust an Kontrolle, die man erwartet (Wortman & Brehm, 1975; Seligman,1975) sowie der sozial-psychologischen Aggressionsforschung (Tedeschi & Felson,1995; Bierhoff & Wagner,1998).

III. Wenn Personen sich bedroht fühlen, dann suchen sie eine Erklärung, die ihre Identität sichert, und sie attribuieren external .

Dieses Postulat entstammt der attributionstheoretischen Motivations- und Emotionsforschung (Weiner, 1985;). In dieser Forschung wird darauf hingewiesen, daß Personen dazu neigen, Erklärungen zu finden, die möglichst mit dem Selbstbild kongruent sind und negative Informationen abwehren (Witte & Linnewedel, 1993). Die Bedrohung kann damit psychisch so bearbeitet werden, daß man andere Personen oder Umstände für diese Bedrohung verantwortlich macht (Baumeister, Smart & Boden, 1996 ; Stephan & Stephan, 2000).

IV. Wenn external attribuiert wird, dann wählt man sich die saliente Kategorie aus.

Als saliente Kategorien kann man sachliche Umstände oder personale Außengruppen wählen. Häufig werden Außengruppen bevorzugt, weil eine Personifizierung eine einfachere Erklärung liefert als komplizierte Sachbezüge. Üblicherweise sind die Sachbezüge deshalb auch nicht salient. Sie sind darüberhinaus auch weniger geeignet, Bedrohungen abzubauen, weil man sich eher ohnmächtig fühlt. Deshalb erfolgt die externe Attribution auf eine Außengruppe mehr oder weniger automatisch (Fiske, 1998; Wegner & Bargh, 1998). Welche Außengruppe sich dafür anbietet ist historisch und kulturell bedingt.

V. Wenn man sich gegenüber Mitgliedern der Außengruppe verhält, dann zeigt man intergruppaies Verhalten und nicht interpersonelles Verhalten.

Dieses Postulat ist der Forschung aus der Tradition der Intergruppenbeziehung entnommen (Blanz, 1999; Tajfel, 1978^o; Turner, Hogg, Oakes, Reicher, Wetherell, 1987; Wagner, 1994).

VI. Wenn Personen intergruppaies Verhalten zeigen, dann sind moralische Verhaltensmaßstäbe reduziert.

Durch dieses intergruppaie Verhalten werden moralische Maßstäbe reduziert, die im interpersonellen Umgang üblicherweise das gegenseitige Verhalten steuern (Staub, 1989; Bartal, 1990).

VII. Wenn man sich nach eigenen Maßstäben unmoralisch verhält, dann braucht man dafür eine Rechtfertigung.

Diese Abweichung von eigenen moralischen Maßstäben erzeugt eine Spannung, die abgebaut werden muß (Lerner, 1980). Dieser Abbau geschieht dadurch, daß man die Opfer der Ungerechtigkeit abwertet oder ihnen ein Selbstverschulden vorwirft (Dalbert, 1996).

VIII. Wenn Rechtfertigungen sozial geteilt werden, dann entwickeln sie sich zu Ideologien.

Der Begriff der Ideologie ist sehr schillernd (Thompson,1990). Es reicht in unserem Zusammenhang aus, ihn so zu verwenden, daß er „die Herausbildung von ähnlichen Wahrnehmungs- und Erklärungshypothesen (kognitives Subsystem) in gesellschaftlichen Gruppierungen“ (Witte,1994,S.401) erfaßt. Die Rechtfertigungen sind entsprechende Erklärungshypothesen, die man für sein eigenes Verhalten, das eigenen Maßstäben nicht genügt, heranzieht. Die Konsequenz ist die Ideologie des Rechtsradikalismus mit der Ausländerfeindlichkeit als nachfolgende Erklärung von Gewalt gegen Ausländer (Frindte, Neumann, Hieber, Knotte, Müller, 2001). Ferner ist eine Ideologie auch ein konsistentes kognitiv-affektives System, das eine geschlossene Struktur entwickelt und auf andere kognitive Inhalte generalisiert, indem Einstellungen zu einem widerspruchsfreien, konsistenten Cluster verbunden werden (Eagly & Chaiken,1993).

Zum besseren Verständnis der Postulate sollen noch einige Begriffe kurz erläutert und einige Ableitungen (Theoreme) durchgeführt werden.

Das Konzept der externalen Attribution besagt, daß nicht man selber an dieser Situation schuld ist, sondern andere Personen oder Umstände. Die Salienz einer Kategorie bedeutet, daß diese Kategorie einem zuerst ins Bewußtsein kommt und deutlich im Bewußtsein verankert ist. Der Grad der Salienz hängt von der öffentlichen Diskussion und den sozial geteilten Meinungen ab, die aus Darstellungen in den Massenmedien, der politischen Diskussion und den Gesprächen im Alltag resultieren. Das intergrupale Verhalten muß vom interpersonellen Verhalten getrennt werden, wie es z.B. im Umgang von Regierungsvertretern und Oppositionspolitikern im Bundestag zu beobachten ist, wobei anschließend die beiden Personen sehr freundlich miteinander zu Mittag essen können, weil das interpersonelle Verhalten von anderen Maßstäben getragen ist als das intergrupale Verhalten.

Es sollen jetzt zur besseren Einordnung der politischen Vorgänge 12 **Theoreme** aus den obigen Postulaten abgeleitet werden :

1. Wenn Arbeitslosigkeit in der Region einen makrosozialen Stress darstellt, dann fühlen sich die Personen bei höherer Arbeitslosigkeit stärker bedroht.

In diesem Theorem wird nur das erste Postulat benutzt und Arbeitslosigkeit als eine Form des makrosozialen Stresses angesehen. Diese Bedrohung verbunden mit hohem Ethnozentrismus läßt sich auch in den USA deutlich wiederfinden (Taylor,2000).

2. Wenn Arbeitslosigkeit länger anhält, dann reagieren Personen, die länger unter dieser Bedrohung gelebt haben, mit Depression und Hilflosigkeit, und Personen, die kurzfristig damit konfrontiert werden, mit Aggression.

Aus der Verbindung von Postulat 2 und Theorem 1 ergibt sich diese Aussage. Konkret finden sich dann einige Phänomene in Ost-Deutschland, die man auf diese Weise erklären kann, z.B. die geringere Mobilität bei längerfristigen Arbeitslosen, aber auch die extrem reduzierte Geburtenrate in bestimmten ostdeutschen Regionen als Formen der Hilflosigkeit und Depression.

3. Wenn man arbeitslos ist, dann sucht man eine Erklärung, die nicht die Verantwortung auf die eigene Person bezieht.

Diese Ableitung folgt aus Theorem 1 und Postulat 3 .

4. Wenn man die Verantwortung für die eigene Arbeitslosigkeit external verankern möchte, sucht man saliente Kategorien als Ursachen.

Dieses Theorem ist nur die Anwendung von Theorem 1 und Postulat 4. Dieser Vorgang beschreibt den Menschen als einen kognitiven „Faulpelz“, der sich gern mit einfachen Schlüssen auf naheliegende Ursachen begnügt.

5. Wenn einem Ursachen salient gemacht werden, dann übernimmt man diese zur Erklärung.

Dieses Theorem ist nur die Umkehrung von Postulat 4 . Eine besonders einfache Ursache für die Entstehung der eigenen Arbeitslosigkeit scheint darin zu liegen, daß man Ausländer dafür verantwortlich macht. Hierfür braucht man weder Zahlen , noch sonstige Belege. Der Grund für diese Attribution liegt auch in der politischen Auseinandersetzung, die diese einfache Schlußfolgerung erst ermöglicht hat. Erst wenn die Politik durch klare Einwanderungsgesetze und die positive Bedeutung der Ausländer für unsere Wirtschaftskraft eine neue Situation geschaffen hat, wird diese Form der Attribution erschwert.

6. Wenn man eine Außengruppe als Erklärung akzeptiert hat, dann richtet man seine Aggressionen gegen die Mitglieder der Außengruppe als intergruppaes Verhalten.

Dieses Theorem leitet sich aus Postulat 4 und 5 ab. Dieses intergruppaes Verhalten ist in Konfliktfällen besonders deutlich erkennbar, z.B. auf dem Balkan, im Baskenland und in Nordirland, um nur die brisantesten Regionen in Europa zu nennen. Wie die Kategorien , die für die Klassifikation in Innen- und Außengruppe aussieht , ist historisch bedingt und hängt von den Prozessen der Erzeugung von Salienz ab.

7. Wenn Ausländer als Außengruppe zur Erklärung nahegelegt werden, dann zeigt man aggressives, fremdenfeindliches Verhalten.

Dieses Theorem ist abgeleitet aus Postulat 5 und 6 , wobei Ausländer als saliente Kategorie unterstellt werden. Dieses Verhalten ist anfänglich nicht ideologisch durch Rechtsextremismus untermauert, es entsteht eher automatisch, wie die Forschungen gezeigt haben (zusammenfassend Wegner & Bargh, 1998). Diese kognitiven Prozesse der inhaltlichen Rechtfertigung entstehen erst im Laufe der Zeit.

8. Wenn Personen fremdenfeindliches, aggressives Verhalten zeigen, dann müssen sie nicht ideologisch rechtsradikal sein.

Die Postulate und Theoreme erlauben es, eine Erklärung fremdenfeindlichen Verhaltens zu finden, die sich nicht auf Rechtsradikalismus als ideologischen Auslöser bezieht, wie auch empirische Ergebnisse zeigen (Frindte, Neumann, Hieber, Knotte & Müller,2001).

9. Wenn durch externale Attribution eine kognitive Veränderung an einer Stelle vollzogen wird, dann werden andere Kognitionen und Bewertungen , die damit in Verbindung stehen, mit geändert, sofern die kognitive Veränderung länger andauert.

Üblicherweise bilden Kognitionen Strukturen in Form von subjektiven Theorien verbunden mit Wertstrukturen , so daß die anhaltende Änderung an einer Stelle Änderungen an anderen Stellen nach sich zieht, weil man ein konsistentes Netz von kognitiven Beziehungen erzeugen möchte.

10. Wenn die Bedrohung zur externalen Attribution führt und entsprechende Veränderungen im affektiven und kognitiven Bereich vorgenommen werden, dann werden auch andere Kognitionen und Bewertungen verändert, die in Zusammenhang mit den anfänglichen Veränderungen gesehen werden.

Eine Konsequenz aus einer solchen Veränderung ist dann die Abwertung demokratischer Parteien, die die Verantwortung für die ökonomische Situation tragen und die i.a. keine einfachen Rezepte zur Lösung des Problems anbieten. Daraus folgt, daß in ökonomisch schwierigen Situationen mit großem makrosozialem Stress extremistische Parteien wachsen und die politische Polarisation zunimmt, weil durch den Prozeß der quasi-automatischen Umbewertung und kognitiven Umstrukturierung an einer wichtigen, identitätsbedrohenden Stelle nachfolgende Bewertungs- und Kognitionsveränderungen vorgenommen werden müssen, um ein konsistentes Weltbild zu erhalten .

11. Wenn demokratische Parteien als Verursacher des makrosozialen Stresses betrachtet werden, dann nimmt der Stimmenanteil radikaler Parteien zu.

Da eine große Majorität von 80% in Westdeutschland und 93% in Ostdeutschland den Staat verantwortlich macht für die soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit (Lippl,2001), der Staat repräsentiert durch die demokratischen Parteien aber den makrosozialen Stress

nicht verhindert hat, werden diese Parteien (relativ) abgewertet und radikale Parteien gewählt. Das ist in den letzten Jahren auch deshalb eher möglich, weil die Identifikation mit einer der großen demokratischen Parteien erheblich nachgelassen hat (Schmitt-Beck & Weick,2001).

12. Wenn der Stimmenanteil radikaler Parteien zunimmt und ihr Einfluß steigt, dann verbreitet sich eine rechts- und linksradikale Ideologie in der Gesellschaft.

Die Tendenz zum politischen Extremismus ist eine Konsequenz des makrosozialen Stresses und kaum vermeitbar, wenn ökonomische Abschwünge abrupt einsetzen. Natürlich sind nicht alle Personen in gleichem Umfang betroffen, das hängt auch von dem Empfinden der relativen Deprivation ab. Auf jeden Fall muß man sich über solche Gesetzmäßigkeiten nicht wundern, man muß sie mit einkalkulieren, z.B. bei der Auswahl von Themen im Wahlkampf.

Alle diese Theoreme beschreiben nur allgemeine Prozesse, die wegen vielfältiger zusätzlicher Einflüsse im Einzelfall nicht zutreffen müssen, aber sie erfassen allgemeine Tendenzen , die die beobachteten Phänomene erklären, vorhersagen und teilweise verständlich machen können. Außerdem stellen sie Ansatzpunkte für Interventionen dar. Völlig vernachlässigt worden ist eine positive wirtschaftliche Entwicklung und ihre Auswirkung auf die Bürger in der Gesellschaft. Werden dann quasi-automatisch positive individuelle Prozesse in Gang gesetzt? Diese Frage soll hier nicht weiter verfolgt werden, aber die Postulate sollten auch für die entgegengesetzten Entwicklungen Gültigkeit besitzen.

5. Die Reduzierung ausländerfeindlicher Reaktionen in Deutschland

Wenn ein nicht unwesentlicher Anteil des Wertewandels, der Ausländerfeindlichkeit und des Wahlverhaltens durch die wirtschaftlichen Prozesse beeinflusst wird, dann wird unterstellt, daß zu einem erheblichen Umfang auch über die Wirtschaftsentwicklung die externale Attribution und die aggressiven Reaktionen gegen Ausländer verändert werden können. Die konkreten Konsequenzen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus sind auch schon im Ansatz gezogen worden, indem in großem Umfang AB-Maßnahmen in Ostdeutschland durchgeführt wurden und werden. Leider sind diese Maßnahmen aus der Sicht der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus noch nicht ausreichend, wie man auch den Arbeitslosenzahlen und der damit verbundenen hohen Ausländerfeindlichkeit (Wagner,van Dick & Zick,2001) entnehmen kann. Hier stößt die Politik wohl an ihre ökonomischen Grenzen. Auch in Westdeutschland

sollte man sich verstärkt um entsprechende Maßnahmen bemühen, um Ausländerfeindlichkeit (s. z.B. Mölln 23.11.1992, Solingen, 29.5.1993) wieder einzudämmen. Vernünftige Entwicklungshilfe und wirtschaftliches Engagement z.B. im ehemaligen Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion stellen bekanntlich Strategien dar, die den Zielen dienen, Radikalismus und Autoritarismus zu reduzieren. Wie gefestigt Demokratien letztlich sind, läßt sich vor allem dadurch erkennen, wieviele Wähler radikale Parteien noch unter guten wirtschaftlichen Bedingungen haben, auf welches Niveau also die radikalen Parteien durch die politische Grundströmung abgesenkt worden sind. Der Zuwachs an Wählerstimmen für radikale Parteien bei Abschwächung der Wirtschaft ist ein normaler Vorgang. Auch die Zunahme an rechtsradikalem Verhalten bei großer Arbeitslosigkeit muß nicht durch spezielle Hypothesen über die Unterschiede zwischen den globalen Persönlichkeiten in der ehemaligen DDR und der ehemaligen BRD erklärt werden, wie oben aufgezeigt wurde. Man kann diesen Vorgang als eine Gesetzmäßigkeit verstehen, die in beiden Teilen Deutschlands, nach oben formulierten Postulaten und Theoremen, ähnlich abläuft. Wirtschaftspolitik ist folglich sehr viel stärker Gesellschaftspolitik als man es gemeinhin annimmt. Sich dieser engen Verbindung noch stärker bewußt zu werden und für diese Annahme theoretische und empirische Belege ansatzweise zu liefern, war eine Aufgabe dieser kleinen Studie.

Wenn jetzt noch verstärkt Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern entwickelt werden könnten, die vor allem dort greifen, wo die Arbeitslosigkeit groß ist, dann wird man Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus auch effektiver bekämpfen können. In diese Strategie muß wohl in Zukunft noch sehr viel gezielter investiert werden. Vielleicht wird die Wirtschaftspolitik vor diesem Hintergrund noch kreativer eingesetzt als in der Vergangenheit. Möglicherweise auch in direkter Kombination mit anderen Interventionsschritten. Auf jeden Fall liegt in diesem Bereich die Hauptursache für ausländerfeindliches Verhalten, wenn man das theoretische Konzept akzeptiert und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend ins Zentrum setzt.

Ein nächster Ansatzpunkt für Verhaltensänderungen kann das Ausmaß der erlebten Bedrohung durch Arbeitslosigkeit sein. Diese Bedrohung durch die Entwicklung eines zweiten oder dritten Arbeitsmarktes zu reduzieren, ist neben der Senkung der Arbeitslosenquote auf dem ersten Arbeitsmarkt eine weitere wichtige Maßnahme. Wahrscheinlich wird man auch die Möglichkeiten zur Firmengründung erweitern müssen.

Ein dritter Ansatzpunkt ist die Salienz der Außengruppe. Hier kann man leicht deutlich machen, daß Ausländer nicht die Schuld tragen an der Arbeitslosigkeit. Wenn man diese einfache Attributionsmöglichkeit durch gezielte Aufklärung weniger salient macht, dann muß

man sich fragen, wer an diese Stelle treten wird. Das könnten in Ostdeutschland die „Wessis“ werden und in Westdeutschland die „Ossis“, denn mit einer einfachen Beseitigung der Kategorie „Ausländer“ ist es nicht getan. Die Gesetzmäßigkeit bleibt erhalten, daß unter Bedrohung external attribuiert wird. Hierzu braucht man eine Außengruppe. Bei der Osterweiterung der EU können das sehr schnell die Einwohner der neu hinzugekommenen Länder werden. Aber es könnten auch die „Alten“ werden oder die „Frauen“. Auf jeden Fall muß man bei der Bearbeitung der Salienz einer Außengruppe darauf achten, daß sie nicht einfach ersetzt wird, weil der Mechanismus erhalten bleibt. Zumindest kann man versuchen die Bedrohung dadurch zu reduzieren, daß Arbeitslosigkeit nicht von außen internal attribuiert wird, d.h. die Arbeitslosen als schuldig an ihrer Arbeitslosigkeit gesehen werden. Diese Schuldzuweisung ist natürlich dann besonders einfach, wenn es neben Arbeitslosigkeit auch offene Stellen gibt. Hier muß die Darstellung transparenter gemacht werden. Außerdem kann man durch gezielte Aufklärung versuchen, sachliche Umstände als saliente Kategorie anzubieten. Hierzu muß man die wirtschaftlichen Informationen in der Region genauer darstellen, erläutern und positive Entwicklungen aufzeigen, wenn möglich. Selbst wenn die sachliche Information negativ ist, kann die Transparenz helfen, die Attribution auf eine Außengruppe zu reduzieren. Politische Einflüsse mögen eine solche Aufklärung z.T. verhindern, weil man als Politiker oder Behördenvertreter nicht gern negative Informationen weitergibt. Solche negativen Sachinformationen können die Ausländerfeindlichkeit reduzieren, werden aber möglicherweise Hilflosigkeit und Depression erhöhen, weil man bei den Sachinformationen den Eindruck gewinnt, daß diese Umstände andauern werden.

Als nächstes kann man das intergruppale Verhalten angehen, indem man Ausländer in einer Region gezielt zu integrieren versucht. Das aber ist äußerst kompliziert, wenn Ausländer ghettoisiert sind, die deutsche Sprache schlecht beherrschen und keine gezielten Integrationsprogramme durchgeführt werden. Dabei ist der Status der Ausländer auch sehr unterschiedlich und es ist eine Integrationsstrategie nicht immer möglich. Es gab ja auch schon Fälle von Gewalttaten gegen Ausländer, wo die Ausländer jedoch Inländer waren, aber Merkmale von Ausländern aufwiesen (z.B. die Hautfarbe). Was macht man in solchen Fällen? Jedenfalls sollte man sich nicht vorstellen, daß eine verstärkte Kontaktaufnahme schon automatisch zu einer Reduktion des ausländerfeindlichen Verhaltens führt. Es kann sogar das Gegenteil eintreten, weil man während des Kontaktes alle Vorurteile bestätigt bekommt. Pettigrew & Tropp (2000) finden kleine bis mittlere Effekte des Abbaus von Ausländerfeindlichkeit durch Kontaktaufnahme, aber immer auch eine große Heterogenität in den Ergebnissen, was auf die Vielfalt von Einflußquellen auf diese Effekte hindeutet.

Man könnte nun generell versuchen diesen Mechanismus der externalen Attribution zur Sicherung der Identität „außer Anwendung zu setzen“. Hierzu müßte man Arbeit und damit Arbeitslosigkeit aus der Identitätsbildung stärker herausfiltern. Dann wäre Arbeit nicht mehr so stark in das Konzept der personalen Identität integriert, so daß sich Personen bei Arbeitslosigkeit weniger bedroht fühlen. Im konkreten Einzelfall mag diese Strategie angebracht sein, aber sie ist sicher keine allgemeine Vorgehensweise, weil damit vielfältige Gefahren verbunden sind.

Wie außerordentlich schwierig es ist, Programme zur Verhinderung und Verminderung ausländerfeindlichen Verhaltens zu entwickeln und durchzuführen skizziert Schwind (1998), wobei er immer auch auf Boomerang-Effekte aufmerksam macht. Diese Effekte schaffen z.B. eine stärkere Polarisierung, indem Personen sich eindeutiger einer Gruppe zu ordnen, so daß beide Gruppen – die Ausländerfreunde und die Ausländerfeinde – wachsen. Eine äußerst umfangreiche Sammlung von Maßnahmen sind in einem vierbändigen Werk zusammengestellt (Schwind, H.D. et al., 1990). Spezielle sozialpsychologische Maßnahmen finden sich bei Oskamp (2000). Höchst bedauerlich ist, daß staatlich initiierte Maßnahmen in den USA kaum evaluiert worden sind, so dass man ihre Wirksamkeit nicht beurteilen kann (Oskamp & Jones, 2000). Das gilt letztlich für fast alle Maßnahmen.

Generell muß an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß isolierte Einzel-Maßnahmen mit der Gefahr verbunden sind, daß sie unwirksam bleiben, aber auch noch viel schlimmer, daß sie negative Effekte aufweisen, was auf den ersten Blick kaum erkennbar ist, weil vielfältige Wechselwirkungen vorhanden sind und fundamentale Prozesse naiv-psychologisch interpretiert werden. Um sich davor zu schützen, muß eine abgestimmte Planung für eine Region erfolgen und alle Interventionen müssen kontinuierlich evaluiert werden, um ggf. kurzfristig Korrekturen vornehmen zu können.

Ausgangspunkt aller Vorgehensweisen muß ein theoretisches Global-Modell sein, das die Maßnahmen integriert. Dabei sind Maßnahmen auf unterschiedlichen Systemniveaus zu unterscheiden: Makro-, Meso-, Mikro- und Individual-System (Witte, 1994; Frindte, 1998, S. 171). Auf dem Makrosystem-Niveau muß gezielt die Arbeitslosigkeit angegangen werden. Mir scheint manchmal, daß man sich hier auch Ideen aus der Kibuzzim-Bewegung holen kann, die für neue Siedlungen in unwirtlicher Umgebung Wirtschaftskonzepte entwickelt hat. Auf dem Mesosystem-Niveau muß das Vertrauen in die Arbeitsämter und andere Institutionen wieder hergestellt werden (Gensicke, 2000), was nicht einfach ist, weil die Mitarbeiter der Ämter zur Außengruppe gehören, die ebenfalls als an der Arbeitslosigkeit schuldig betrachtet werden (externale Attribution). Aber auch ein Angebot

für Jugendliche in der Freizeit muß neu aufgebaut werden, nachdem die meisten vorhandenen Einrichtungen nach der Wende verschwunden sind. Dieses sind sicherlich die zentralen Interventionen vor allem in Ostdeutschland, ohne deren Wirksamkeit die nachfolgenden Maßnahmen auf niedrigerem Systemniveau kaum erfolgreich sein können. Trotzdem muß man in begründeten Ausnahmefällen vor Ort in Peer-Gruppen (Mikrosystem-Niveau) oder bei einzelnen Personen (Individualsystem-Niveau) Maßnahmen vorhalten, die unter ganz bestimmten Bedingungen dann ausländerfeindliches Verhalten reduzieren helfen. Ohne Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird sich jedoch kein großer Effekt erzielen lassen.

Was nun die Bekämpfung des Rechtsradikalismus als politische Ideologie angeht, so sind die Maßnahmen sehr viel komplexer zu gestalten als bei den ausländerfeindlichen Handlungen, weil es sich um gefestigte kognitive Strukturen handelt, die eine politische Organisation hinter sich haben und sich in gewissen Kreisen gegenseitig stützen. Hier kann man nur Mitläufer und Randpersonen erreichen, wie man es mit dem Aussteigerprogramm für Rechtsradikale versucht. Je größer der Druck von außen ist, desto kohäsiver wird die Gruppe innen und damit weniger beeinflussbar. Ignoranz und weniger Aufgeregtheit in den Medien und der Politik wären ein gutes Mittel. Verbote und politischer Druck sind leider dazu kaum geeignet, um die in der rechten Szene vorhandenen Differenzen zu nutzen und diese damit zu schwächen. Wenn man die Parlamentarier aus der rechten Szene betrachtet, dann kann man leicht erkennen, wie sie sich selber ad absurdum führen. Berichte hierzu sind hilfreich.

Was nun den Linksradikalismus angeht, so gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, was die PDS angeht. Sie ist klar eine linksradikale Partei für die Westdeutschen, aber für die Ostdeutschen gehört sie zum demokratischen Linksspektrum (Gensicke,2000). Diesen Unterschied muß man erkennen, wenn man von Radikalismus redet. Zusammengefaßt heißt das, daß nur über allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen ergänzt durch abgestimmte und auf die Region bezogene Maßnahmen, ausländerfeindliches Verhalten reduziert werden kann. Dabei ist ausländerfeindliches Verhalten nicht mit rechtsradikalem Verhalten gleichzusetzen. Die Verringerung rechtsradikaler Einstellungen und Verhaltensweisen ist viel schwieriger, aber auch der Prozentsatz an Personen aus diesem Spektrum ist nicht sehr groß. Um ihn weiterhin klein zu halten, müssen wirtschaftliche Maßnahmen erfolgen, insbesondere für arbeitslose Jugendliche, damit diese nicht eine rechtsradikale Ideologie entwickeln. Denn eine Änderung der rechtsradikalen Ideologie ist sehr schwierig, weil Minderheiten sich ihrer Position bewußt sind und ihre Einstellung wegen dieser Position sehr sicher vertreten. Ein direkter Druck und eine große Aufmerksamkeit erhöhen den Anteil an Rechtsextremisten, die nicht beeinflussbar sind. Auf parlamentarischer

Ebene stellen sich rechtsextreme Parteien selber bloß. Man müßte dieses nur deutlicher darstellen.

Ich hoffe, daß das von der Bundesregierung kürzlich aufgelegte Programm zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus zu differenzierten und intelligenten Lösungen kommt, die die wesentlichen sozialpsychologischen Prozesse und Wechselwirkungen berücksichtigen.

Literatur

- Allensbach-Institut(2.3.2001). Umfrageergebnisse zur Sicht der Arbeitslosen.
- Bar-Tal,D.(1990).Causes and consequences of delegitimization: Models of conflict and ethnocentrism. *Journal of Social Issues*, 46, 65-81.
- Baumeister,R.F., Smart,L. & Boden,J.M.(1996). Relation of threatened egotism to violence and aggression : The dark side of high self-esteem. *Psychological Review*,103,5-33.
- Bierhoff,H.W. & Wagner,U. (Hrsg.) (1998). Aggression und Gewalt. Stuttgart : Kohlhammer.
- Bleich,Ch. & Witte,E.H. (1992). Zu Veränderungen in der Paarbeziehung bei Erwerbslosigkeit des Mannes. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44,731-746.
- Blanz,M.(1999). *Wahrnehmung von Personen als Gruppenmitglieder. Untersuchung zur Salienz sozialer Kategorien*. Münster: Waxmann.Childrens,Th. (1983).*The Nazi voter*. Chapel Hill : University of North Carolina Press.
- Dalbert,C. (1996). *Über den Umgang mit Ungerechtigkeit. Eine psychologische Analyse*. Bern : Huber.
- Eagly,A. & Chaiken,S. (1993). *The psychology of attitudes*. Forth Worth : Harcourt Brace Jovanovich.
- Falter,J.W. (1986).Unemployment and the radicalisation of the German electorate 1928-1933: An aggregate data analysis with special emphasis on the rise of national socialism. In : Stachura,P.D. (Ed.) *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*. Houndmills : MacMillan.
- Fischer,L. & Wiswede,G. (1997). *Grundlagen der Sozialpsychologie*. München: Oldenbourg.
- Fischer,L.,Kutsch,T. & Stephan,E. (1999). *Finanzpsychologie*. München: Oldenbourg.
- Fiske,S.T. (1998). Stereotyping,prejudice, and discrimination. In : Gilbert,D.T., Fiske,S.T. & Lindzey,G. (Eds.) *The handbook of social psychology*.(pp. 357-411).New York : Oxford University Press.
- Foster,M.D. & Matheson,K. (1995). Double relative deprivation : Combining the personal and the political. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 21, 1167 –1177.
- FRINDTE,W.(1998). **SOZIALE KONSTRUKTIONEN. OPLADEN : WESTDEUTSCHER VERLAG.**
- Frindte,W. & Neumann,J. (11.9.2000). Biographische Hintergründe und Motivationen fremdenfeindlicher Gewalttäter in Deutschland. Darstellung im Internet. Uni-Jena.

- Frindte, W., Neumann, J., Hieber, K., Knot, A. & Müller, C. (2001). Rechtsextremismus = „Ideologie plus Gewalt“- Wie ideologisiert sind rechtsextreme Gewalttäter? *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 9, 81-98.
- Frey, B.S. (1999). *Economics as a science of human behavior*. Dordrecht: Kluwer.
- Furnham, A. (1982). Explanation for unemployment in Britain. *European Journal of Social Psychology*, 12, 335-352.
- Gensicke, Th. (2000). *Deutschland im Übergang*. Speyer : Speyerer Forschungsberichte Nr. 204.
- Granato, J., Inglehart, R. & Leblang, D.C. (1996). The effect of cultural values on economic development.: Theory, hypotheses and some empirical tests. *American Journal of Political Science*, 40, 607-631.
- Hackel, S. (1995). Berufliche Sozialisation und Identität ost- und westdeutscher Arbeitnehmer. Wetzlar: Kletsmeier.
- Hepworth, J.T. & West, S.G. (1988). Lynchings and the economy : A time-series reanalysis of Hovland and Sears (1940). *Journal of Personality and Social Psychology*, 55, 239-247.
- Hopf, W. (1994). Rechtsextremismus von Jugendlichen: Kein Deprivationsproblem? *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 14, 194-211.
- Hovland, C.I. & Sears, R.R. (1940). Minor studies of aggression : VI. Correlation of lynchings with economic indices. *Journal of Psychology*, 9, 301-310.
- Inglehart, R. (1997). *Modernization and Postmodernization. Cultural, economic and political change in 43 societies*. Princeton: University Press.
- Jahoda, M., Lazarsfeld, P. & Zeisel, H. (1960). *Die Arbeitslosen von Marienthal*. Allensbach : Verlag für Demoskopie.
- Kenny, D.A., Kashy, D.A. & Bolger, N. (1998). Data analysis in social psychology. In: Gilbert, D.T., Fiske, S.T. & Lindzey, G. (Eds.) *The handbook of social psychology*. (pp. 233-265). New York : Oxford University Press.
- Kirchler, E.M. (1999). *Wirtschaftspsychologie*. Göttingen: Hogrefe.
- Klein, M. & C. Pötschke, M. (2000). Gibt es einen Wertewandel hin zum “reinen” Postmaterialismus? *Zeitschrift für Soziologie*, 29, 202-216.
- Kreft, I. & De Leeuw, J. (1998). *Introducing multilevel modeling*. London: Sage.
- Kreft, I.G. et al. (1995). The effect of different forms of centering in hierarchical linear models. *Multivariate Behavioral Research*, 30, 1-22.
- Lerner, M.J. (1980). *The belief in a just world : A fundamental delusion*. New York : Plenum.

- Lippl, B. (2001). Soziale Sicherheit durch den Sozialstaat? *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 26, 7-11.
- Maaz, H.-J. (1992). *Der Gefühlsstau- Ein Psychogramm der DDR*. München: Knauer.
- Mehlkop, G. (2000). Methodische Probleme bei der Analyse von Wertvorstellungen und Wirtschaftswachstum. *Zeitschrift für Soziologie*, 29, 217-226.
- Meulemann, H. (1999). Gleichheit oder Leistung, Mittelwerte und Standardabweichungen. Über die Aussagekraft von Standardabweichungen für die Analyse von Wertpaaren am Beispiel des Wertwandels nach der deutschen Wiedervereinigung. *ZA-Information*, 45, 6-19.
- Oesterreich, D. (1993). *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*. Weinheim : Juventa.
- Olson, J.M., Herman, C.P. & Zanna, M.P. (Eds.) (1986). *Relative deprivation and social comparison. The Ontario symposium, Vol.4*. Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Oskamp, S. (Ed.) *Reducing prejudice and discrimination*. Mahwah: Erlbaum.
- Oskamp, S. & Jones, J.M. (2000). Promising practices in reducing prejudice : A report from the president's initiative on race. In : Oskamp, S. (Ed.) *Reducing prejudice and discrimination*. (pp.319-334). Mahwah: Erlbaum.
- Pettigrew, T.F. & Tropp, L.R. (2000). Does intergroup contact reduce prejudice ? Recent meta-analytic findings. In: Oskamp, S. (Ed.) *Reducing prejudice and discrimination*. (pp.93-114). Mahwah: Erlbaum.
- Peukert, D. (1987). The lost generation : Youth unemployment an the end of the Weimar Republic. In : Evans, R.J. & Geary, D. (Eds.) *The German unemployed*. London : Croom Helm.
- Roland-Levy, C., Kirchler, E.M., Penz, E. & Gray, C. (Eds.) (2001). *Everyday representations of the economy*. Wien: WUV.
- Runciman, W.G. (1966). *Relative deprivation and social justice*. London : Routledge & Kegan.
- Schmitt-Beck, R. & Weick, S. (2001). Die dauerhafte Parteiidentifikation – nur noch ein Mythos? *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 26, 1-5.
- Schneider, F. & Frey, B.S. (1988). Politico-economic models of macroeconomic policy: A review of empirical evidence. In: Willett, Th. (Ed.) *The political economy of money, inflation, and unemployment*. Durhan: Duke University Press (pp. 240-275).
- Schröder, H. & Melzer, W. (1992). Ökonomische Risiken und Verunsicherungspotentiale Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland . In : Mansel, J. (Hrsg.) *Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung*. Weinheim: Juventa. (pp. 163-184).

- Schwind,H.D.(1998). Möglichkeiten (staatlicher) Prävention und Intervention. In: Bierhoff,H.W. & Wagner,U. (Hrsg.) *Aggression und Gewalt*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schwind,H.D. et al. (1990)(Hrsg.) *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt(Gewaltkommission)*. 4 Bde. Berlin: Duncker & Humblot.
- Seligman,M.E.P. (1975). *Helplessness : On depression, development, and death*. San Francisco : Freeman.
- Sixtl, F. (1980). Die Entdeckung allgemeiner psychologischer Gesetze bei variablen Organismusbedingungen. In : Witte,E.H. (Hrsg.). *Beiträge zur Sozialpsychologie*. Beltz: Weinheim.
- Sixtl, F. (1993). *Der Mythos des Mittelwertes*. München : Oldenbourg.
- Staub,E.(1989). Individual and societal (group) values in a motivational perspective and their role in benevolence and harmdoing. In: Eisenberg,N., Reykowski,J. & Staub,e. (Eds.). *Social and moral values : Individual and societal perspectives* (pp. 45-61). Hillsdale: Erlbaum.
- Stephan, W.G. & Stephan,C.W.(2000).An integrated threat theory of prejudice. In : Oskamp,S. (Ed.) *Reducing prejudice and discrimination*.(pp.23-45). Mahwah: Erlbaum.
- Tajfel,H.(Ed.)(1978). Differentiation between social groups: Studies in the social psychology of intergroup relations. London: Academic Press.
- Taylor,M.C.(2000). Social contextual strategies for reducing racial discrimination. In : Oskamp,S. (Ed.) *Reducing prejudice and discrimination*.(pp.71-89). Mahwah: Erlbaum.
- Tedeschi, J.T. & Felson,R.B. (1995). *Violence aggression, and coercive actions*. Washington,D.C. : APA.
- Terwey, M. (1996). Demokratiezufriedenheit und Vertrauen: Politische Unterstützung in Westeuropa und im vereinten Deutschland. *ZA-Information*, 39, 94-129.
- Thompson,J.B.(1990). *Ideology and modern culture*. Stanford: Stanford University Press.
- Turner,J.C.,Hogg,M.A., Oakes,P.J.,Reicher,S.D. & Wetherell,M.S. (1987). *Rediscovering the social group: A self-categorization theory*. Oxford:Blackwell.
- Wagner,U.(1994). *Sozialpsychologie der Intergruppenbeziehungen*.Göttingen : Hogrefe.
- Wagner,U.,Dick,R. van,& Zick,A. (2001). Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 32,59-79.
- Wegner,D.M. & Bargh, J.A. (1998) . Control and automaticity in social life. In : Gilbert,D.T., Fiske,S.T. & Lindzey,G. (Eds.) *The handbook of social psychology*.(pp. 357-411).New York : Oxford University Press.
- Weiner,B. (1985). *An attributional theory of motivation and emotion*. N.Y. : Springer.

- Winkler, J.R. (2000). Ausländerfeindlichkeit im vereinten Deutschland. In: Falter, J.W.; Gabriel, O.W. & Rattinger, H. (Hrsg.). *2000: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen (pp. 435-476).
- Witte, E.H. (1994²) *Lehrbuch Sozialpsychologie*. Weinheim: Beltz-PVU.
- Witte, E.H. (1996). Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland (West) zwischen 1973 und 1992. Alternative Erklärungen zum Inglehart-Index. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48, 534-541.
- Witte, E.H. & Krause, D. (1998). Methoden der quantitativen Analyse sozialer Repräsentationen. In: Witte, E.H. (Hrsg.) *Sozialpsychologie der Kognition: Soziale Repräsentation, subjektive Theorien, soziale Einstellungen*. Lengerich: Pabst (pp. 75-93).
- Witte, E.H. & Linnewedel, J. (1993). Die Sicherung der Identität : Theoretische Vorstellungen und ein Experiment. In : Pörzgen, B. & Witte, E. H. (Hrsg.) *Selbstkonzept und Identität*. Braunschweig: Braunschweiger Studien zur Erziehungs- und Sozialarbeitswissenschaft.
- Witte, E. H. & Sacasa, R.E. (2000). Revolutionärer Stress und soziale Unterstützung durch die Familie. In : Witte, E.H. & Bleich, Ch. (Hrsg.). *Sozialpsychologie des Stress und der sozialen Unterstützung*. (pp. 204-219). Lengerich: Pabst.
- Witte, E.H.; Sibbert, J. & Kesten, I. (1992). *Trennungs- und Scheidungsberatung*. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Wortman, C.B. & Brehm, J.W. (1975). Responses to uncontrollable outcomes : An integration of reactance theory and the learned helplessness model. In : Berkowitz, L. (Ed.) *Advances in experimental social psychology* (Vol.8). New York : Academic Press.
- Zanna, M. & Olson, J. (Eds.) (1994). *The psychology of prejudice : The Ontario Symposium*. (Vol.7). Hillsdale: Erlbaum.
- Zick, A. (1997). *Vorurteile und Rassismus*. Münster: Waxmann.



HAMBURGER FORSCHUNGSBERICHTE -HAFOS-

- HAFOS Nr. 1
1992 Witte, E.H.: The extended group situation theory (EGST), social decision schemes, models of the structure of communication in small groups, and specific effects of minority influences and selfcategorization: An integration.
- HAFOS Nr. 2
1992 Witte, E.H. & Scherm, M.: Technikfolgenabschätzung und Gentechnologie - Die exemplarische Prüfung eines Expertenberichts auf psychologische Konsistenz und Nachvollziehbarkeit.
- HAFOS Nr. 3
1992 Witte, E.H.: Dynamic models of social influence in small group research.
- HAFOS Nr. 4
1993 Witte, E.H. & Sonn, E.: Trennungs- und Scheidungsberatung aus der Sicht der Betroffenen: Eine empirische Erhebung.
- HAFOS Nr. 5
1993 Witte, E.H., Dudek, I. & Hesse, T.: Personale und soziale Identität von ost- und westdeutschen Arbeitnehmern und ihre Auswirkung auf die Intergruppenbeziehungen.
- HAFOS Nr. 6
1993 Hackel, S., Zülske, G., Witte, E.H. & Raum, H.: Ein Vergleich berufsrelevanter Eigenschaften von „ost- und westdeutschen“ Arbeitnehmern am Beispiel der Mechaniker.
- HAFOS Nr. 7
1994 Witte, E.H., The Social Representation as a consensual system an correlation analysis.
- HAFOS Nr. 8
1994 Doll, J., Mentz, M. & Witte, E.H., Einstellungen zur Liebe und Partnerschaft: vier Bündungsstile.
- HAFOS Nr. 9
1994 Witte, E.H.: A statistical inference strategy (FOSTIS): A non-confounded hybrid theory.
- HAFOS Nr. 10
1995 Witte, E.H. & Doll, J.: Soziale Kognition und empirische Ethikforschung: Zur Rechtfertigung von Handlungen
- HAFOS Nr. 11
1995 Witte, E.H.: Zum Stand der Kleingruppenforschung.

- HAFOS Nr. 12
1995 Witte, E.H. & Wilhelm, M.: Vorstellungen über Erwartungen an eine Vorlesung zur Sozialpsychologie.
- HAFOS Nr. 13
1995 Witte, E.H.: Die Zulassung zum Studium der Psychologie im WS 1994/95 in Hamburg: Ergebnisse über die soziodemographische Verteilung der Erstsemester und die Diskussion denkbarer Konsequenzen.
- HAFOS Nr. 14
1995 Witte, E.H. & Sperling, H.: Wie Liebesbeziehungen den Umgang mit Freunden geregelt wünschen: Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern.
- HAFOS Nr. 15
1995 Witte, E.H.: Soziodemographische Merkmale der DoktorandInnen in Psychologie am Hamburger Fachbereich.
- HAFOS Nr. 16
1996 Witte, E.H.: Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland (West) zwischen 1973 bis 1992: Alternative Interpretationen zum Ingelhart-Index.
- HAFOS Nr. 17
1996 Witte, E.H. & Silke Lecher: Systematik von Beurteilungskriterien für die Güte von Gruppenleistungen.
- HAFOS Nr. 18
1997 Witte, E.H. & Kaufman, J.: The Stepwise Hybrid Statistical Inference Strategy: FOSTIS
- HAFOS Nr. 19
1997 Kliche, T., Adam, S. & Jannink, H.: „Bedroht uns der Islam?“ Die Konstruktion eines „postmodernen“ Feindbildes am Beispiel Algerienin zwei exemplarischen Diskursanalysen
- HAFOS Nr. 20
1998 Witte, E.H. & Frank von Pablocki: Unterschiede im Handlungsstil: Lage- und Handlungsorientierung in Problemlöse-Dyaden
- HAFOS Nr. 21
1998 Witte, E.H., Sack, P.-M. & Kaufman, J.: Synthetic Interaction and focused Activity in Sustainment of the Rational Task-Group
- HAFOS Nr. 22
1999 Bleich, C., Witte, E.H. & Durlanik, T.: Soziale Identität und Partnerwahl: Partnerpräferenzen von Deutschen und Türken der zweiten Generation
- HAFOS Nr. 23
Anforderungs-
1999 Porschke, C.: Zur Entwicklung unternehmensspezifischer profile mit der Repertory Grid Technik: Ergebnisse einer empirischen Studie
- HAFOS Nr. 24
2000 Witte, E.H. & Putz, Claudia: Routinebesprechungen: Deskription, Intention, Evaluation und Differenzierung
- HAFOS Nr. 25
2000 Witte, E.H.: Kundenorientierung: Eine Managementaufgabe mit psychologischem Feingefühl
- HAFOS Nr. 26
2000 Witte, E.H.: Die Entwicklung einer Gruppenmoderationstheorie für Projektgruppen und ihre empirische Überprüfung

- HAFOS Nr. 27
2000 Figen Karadayi: Exposure to a different culture and related autonomous self: A comparison of remigrant and nonmigrant turkish late adolescent groups
- HAFOS Nr. 28
2000 Witte, E.H. & Raphael, Christiane: Alter, Geschlecht und Informationsstand als Determinanten der Einstellung zum Euro
- HAFOS Nr. 29
2001 Witte, E.H.: Bindung und romantische Liebe: Sozialpsychologische Aspekte der Bindungstheorie
- HAFOS Nr. 30
2001 Witte, E.H.: Theorien zur sozialen Macht
- HAFOS Nr. 31
2001 Witte, E.H.: Wertewandel, wirtschaftliche Prozesse und Wählerverhalten: Sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit
- HAFOS 32
2001 Lecher, Silke & Witte, E. H.: FORMOD und PROMOD: State of the Art der Moderation des Gruppenproblemlösens
- HAFOS 33
2001 Porschke, Christine & Witte, E. H.: Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit
- HAFOS 34
2001 Tettenborn, Annette: Zeitgemäßes Lernen an der Universität: „Neuer Wein in alte Schläuche?“

Die Hamburger Forschungsberichte werden herausgegeben von
Prof. Dr. Erich H. Witte
Psychologisches Institut I der Universität Hamburg
e-mail: witte_e_h@uni-hamburg.de